

Objektyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **3 (1911)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Erscheint monatlich einmal

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 6, Bern

Abonnement jährlich 3 Fr.

INHALT:

	Seite
1. Zur Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes	13
2. Eine eklatante Widerlegung	17
3. Tabakbau und Tabakverarbeitung in der Schweiz	20
4. Produktivgenossenschaften im Malergewerbe der Schweiz	22
5. Aus dem Tätigkeitsbereich der Textilarbeiterorganisation	23

	Seite
6. Aus Eisenbahnerkreisen	26
7. Internationale Gewerkschaftsbewegung: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910	27
8. Literatur	28

Zur Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes.

II.

Ueber die Entstehung der Arbeiterschutzgesetze.

Es ist nicht bloss für Soziologen oder allerhand Theoretiker interessant, sondern für alle, die am Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung erfolgreich mitwirken wollen, direkt notwendig, ausser den Resultaten eigener oder fremder Beobachtung aus der Gegenwart, wenigstens die Tatsachen aus der Vergangenheit zu kennen, die für die Entstehung und bisherige Entwicklung des gesetzlichen Arbeiterschutzes massgebend waren. Wir gestatten uns daher, an die uns bekannten Ereignisse zu erinnern, die hiebei hauptsächlich in Betracht kommen, bevor wir näher auf die Streitfragen der bevorstehenden Revision des Fabrikgesetzes eintreten.

Vorerst möchten wir daran erinnern, dass es nur teilweise richtig ist, wenn gesagt wird, die Schweiz sei das erste Land gewesen, das eine Arbeiterschutzgesetzgebung erlassen habe. Dies trifft nur insofern zu, als man die Festsetzung einer Maximalgrenze für die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter in Fabriken dabei ins Auge fasst.

Abgesehen von den gesetzlichen Erlassen der englischen, französischen und österreichischen Regierungen aus dem XVI., XVII. und XVIII. Jahrhundert über Gewerbe, Bergwerks- und Manufakturbetriebe, die mit oder ohne Absicht der Regenten manche Bestimmung enthielten, die die Interessen der Arbeiter den Meistern oder Fabrikherren gegenüber wahrten, haben England, Frankreich und sogar die Vereinigten Staaten von Nordamerika über einzelne Punkte des Arbeitsverhältnisses allgemein gültige gesetzliche Bestimmungen erlassen, lange vor dem Inkrafttreten des eidgenössischen Fabrikgesetzes.

Die ersten Anfänge der gesetzlichen Arbeiterschutzgesetzgebung waren freilich so winzig, so unsäglich bescheiden, dass sie kaum verdient erwähnt zu werden, wenn ihnen nicht die prinzipielle Bedeutung zukäme, mit dem Manchester-System der schrankenlosen Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen durch die wirtschaftlich Starken gebrochen zu haben.

So wenig es auch sein mochte, den Industriellen war es schon zu viel, sie schrien genau so wie heute überall Zeter und Mordio, weil der Staat sich in Dinge mische, die ihn nichts angingen.

Kein Wunder, wenn die Staatsmänner, die sich für die winzigen Reförmchen ins Zeug gelegt hatten, schliesslich selber glaubten, grosse gesetzgeberische Kraftstücke geleistet zu haben, trotzdem sie bei alledem mehr die Sicherheit und Ruhe im Staat, als das Wohl und die besonderen Interessen der Arbeiterschaft wahren wollten.

Bekanntlich herrschten Ende des XVIII. und am Anfang des XIX. Jahrhunderts, d. h. in der Zeit, in welcher der moderne Kapitalismus sich auf die Bühne der Weltgeschichte schwang, um in der Produktion fürderhin das entscheidende Wort zu reden, sehr schlimme gesellschaftliche Zustände.

Die Misswirtschaft in den absolutistisch regierten Staaten, die Kämpfe der französischen Revolution und die darauffolgenden napoleonischen Kriege mit all ihren Begleiterscheinungen, das war mehr wie genug, um ganz Europa wirtschaftlich auf den Hund zu bringen. Namentlich die untern Bevölkerungsschichten sahen sich häufig in geradezu verzweifelte Situationen versetzt.

Unter solchen Umständen musste der industrielle Erwerb, die Arbeitsgelegenheit in den Fabriken oder andern Unternehmungen auch den bedrängten Kleinbauern und Heimarbeitern als eine Erlösung erscheinen.